

Herr
Präsident des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

Geschäftszahl: BMASGK-90110/0011-IX/2019

Wien,

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3075/J der Abgeordneten Daniela Holzinger, Kolleginnen und Kollegen** wie folgt:

Fragen 1 und 2:

Die Ergebnisse der Facharbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes wurden vom Ludwig Boltzmann Institut für Health Technology Assessment in einem Bericht mit dem Titel „Eltern-Kind-Vorsorge neu, Teil XI: Mutter-Kind-Pass Weiterentwicklung: Screeningempfehlungen der Facharbeitsgruppe für Schwangerschaft, Wochenbett und Kindheit (0-6 Jahre)“ zusammengefasst. Der Bericht wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LBI für HTA verfasst und befindet sich derzeit im Freigabeprozess.

Frage 3:

Eine Programmgruppe und eine Steuerungsgruppe befassen sich mit den Empfehlungen für ein Screening und gestalten daraus Empfehlungen für ein weiterentwickeltes Mutter-Kind-Pass Programm.

Frage 4:

Die Mitglieder der Facharbeitsgruppe sprachen sich für ein Screening auf unvollständigen/ fehlenden Impfschutz in der Kindheit aus.

Frage 5:

Die Mitglieder der Facharbeitsgruppe sprachen folgende Empfehlungen aus:

Bei allen Kindern soll bei jeder kinderärztlichen/allgemeinmedizinischen Mutter-Kind-Pass-Untersuchung der Impfstatus anhand der vorliegenden Unterlagen erhoben werden. Die Vollständigkeit der bzw. fehlende Impfungen sollen dokumentiert werden. In Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt und Impfstatus erfolgt eine Aufklärung über empfohlene Impfungen und Impftermine.

Frage 6:

Wesentliche neue Aspekte für den Mutter-Kind-Pass, die aus den Arbeiten der Facharbeitsgruppe resultieren, und in einem weiterentwickelten Mutter-Kind-Pass umgesetzt werden sollen, sind:

- Vermehrte Berücksichtigung psychosozialer Risikofaktoren (gezieltes standardisiertes Erfragen in der Anamnese im Hinblick auf Alkohol, Sucht ...) unter Einbeziehung weiterer Berufsgruppen;
- Qualitativ, standardisiertes Vorgehen an Hand von Leitfragen und Fragebögen (z.B. sozioökonomische Benachteiligung, häusliche Gewalt ...);
- Mehr Beratung im Hinblick auf Lebensstil (z.B. Ernährung, Bewegung) und bei bestehenden Risikofaktoren (z.B. Übergewicht, Alkohol, Sucht ...);
- Fakultative Einbeziehung von Hebammen bei den Beratungsleistungen;
- Verpflichtende Impfaufklärung und Impfberatung durch Ärzte;
- Erhöhtes Augenmerk auf Mundgesundheit;

- Erweiterte Laboruntersuchungen der Schwangeren in Abhängigkeit von der Anamnese und dem Vorliegen von Risikofaktoren (z.B. fehlende Impfnachweise).

Mit besten Grüßen

Mag.^a Beate Hartinger-Klein

